

Bezirksregierung Köln

Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates
<u>Sachgebiet:</u> Niederschrift
Drucksache Nr.: UK Rhein-Berg 70/2014
4. Sitzungsperiode

Köln, den 2. Juni 2014

Vorlage für die 1. Sitzung der Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates am 20. Oktober 2014

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 9. Sitzung der Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 2. Juni 2014

Rechtsgrundlage § 21 Abs. 10 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatter Herr Elsiepen, Dezernat 25, Tel.: 0221 / 147 - 2670

Inhalt

- Niederschrift (Seite 2 bis 11)
- Anwesenheitsliste (3 Seiten)

Beschlussvorschlag:

Die Unterkommission Rhein-Berg genehmigt die Niederschrift.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
UK RB/ Niederschrift	UK RB 70/2014	2

Niederschrift

über das wesentliche Ergebnis der 9. Sitzung der Unterkommission Rhein- Berg der Verkehrskommission des Regionalrates am 2. Juni 2014

Teilnehmer/Innen: siehe beiliegende Anwesenheitsliste

Sitzungsbeginn: 10.35 Uhr

Sitzungsende: 11.55 Uhr

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
UK RB/ Niederschrift	UK RB 70/2014	3

Vor Einstieg in die Tagesordnung

Herr Müller (Vorsitzender) eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Unterkommission sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung und des Landesbetriebes Straßen NRW.

Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Unterkommission fest.

Die Sitzungsteilnehmer sind der beigefügten Anwesenheitsliste zu entnehmen.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Unterkommission genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 9. Sitzung der Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird **Herr Omankowsky**, CDU-Fraktion, bestimmt.

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 8. Sitzung der Unterkommission Rhein-Berg am 02. Juni 2014 Drucksache Nr.: UK RB 05/2014

Die Unterkommission des Regionalrates genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 4: Sachstand zum Landesstraßenbauprogramm 2014 für den „Um- und Ausbau von bestehenden Landesstraßen bis 3 Mio. € Gesamtkosten“ (UA II a) Drucksache Nr.: UK RB 28/2014

Herr Felsenheim (LB) erläutert anhand der Sitzungsvorlage die Maßnahmen zum UA II a Programm.

Zur Nachfrage von **Herrn Deppe** (CDU) antwortet **Herr Felsenheim** (LB), für die Maßnahme L 270 Odenthal/Funkenhof, Umbau Knoten L 270/L296 als KVP (Kreisverkehrsplatz), sei der Grunderwerb derzeit anhängig und für Herbst 2014 die Fertigstellung der Ausführungsplanung vorgesehen. Baubeginn sei für 2015 vorgesehen, jedoch sei die Finanzierung bisher fraglich.

Des Weiteren erklärt **Herr Kolitz** (LB), für das kommende Haushaltsjahr können derzeit keine konkreten Aussagen zu den Finanzierungen gemacht werden, da die

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
UK RB/ Niederschrift	UK RB 70/2014	4

Verabschiedung des Landeshaushalts abzuwarten bleibt. Für das Projekt L 38/L339/B256 Waldbröl/Boxberg werden in 2015 noch erhebliche Mittel benötigt. Die finanziellen Möglichkeiten für weitere Projekte werden daher als gering eingeschätzt.

Die Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Information des Landesbetriebes Straßenbau NRW zur Kenntnis.

TOP 5: Sachstand zum Landesstraßenbauprogramm 2014 für den „Radwegebau an bestehenden Landesstraßen“ (UA II r) sowie Informationen zum Modellprojekt „Bürgeradwege“
Drucksache Nr.: UK RB 29/2014

Herr Felsenheim (LB) erläutert anhand der Sitzungsvorlage eingehend die Maßnahmen zum UA II r Programm.

Zur Nachfrage von **Herrn Möring** (CDU) teilen die **Herren Felsenheim** und **Kolitz** (LB) mit, dass für die Maßnahme L 293 Leverkusen, Yitzhak-Rabinstr. RGW (Radweg), bei einem Baubeginn in 2014 die in 2015 dargestellten Mittel über 700 T. € für die weitere Abwicklung benötigt werden. Ob darüber hinaus in 2015 weitere Mittel für das Radwegeprogramm in Rhein-Berg vorhanden seien, kann noch nicht bestätigt werden, die Möglichkeit bestehe allerdings. Ein Baubeginn in 2015 für die Maßnahme L 288, Berg.Gladbach-Schildgen, RGW, werde daher als durchaus realistisch eingeschätzt.

Zur Anfrage von **Herrn Omankowsky** (CDU) zum Projekt L 288, RGW, Berg.-Gladbach Schildgen bis Leverkusen Hummelsheim erklärt **Herr Felsenheim** (LB), die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens bedarf in der Regel einen Zeitraum von etwa zwei Jahren, was wiederum die Umsetzung der Maßnahmen verzögern würde. Von daher beabsichtige man in der Regel, bei kleineren Projekten dieses Verfahren zu vermeiden. **Herr Metz** (DIE GRÜNEN) kritisiert die Reihenfolge, in der die Projekte hier umgesetzt würden. Er bittet deshalb darum, die priorisierten Maßnahmen in der vorliegenden Liste in chronologischer Reihenfolge analog zur PrioReihung, beginnend mit der Maßnahme auf Prio 1, umzusetzen. Eine Verschiebung sei nur dann akzeptabel, wenn baurechtliche und finanzielle Gründe dem entgegenstehen würden. Hierzu bittet er den Landesbetrieb um Stellungnahme zu deren Sichtweise.

Herr Felsenheim (LB) versichert, dass der Landesbetrieb sich strikt an die vorliegende Liste halte, insofern auch die planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen vorliegen würden.

Herr Deppe (CDU) unterstützt und bekräftigt die Vorgehensweise des Landesbetriebs bei der organisatorischen Umsetzung der Projekte, somit würden Leerläufe bei der Ausführungsplanung vermieden.

Die Projekte sollten unter Einhaltung der beschlossenen PrioReihung realisiert werden, es muss aber auch sichergestellt sein, dass die zugewiesenen Mittel für die Niederlassung dementsprechend verausgabt werden könnten.

Herr Beu (DIE GRÜNEN) schließt sich den Ausführungen von Herrn Metz an und stellt fest, der Landesbetrieb würde bei der Verteilung der Haushaltsmittel, der Maßnahme auf Prio 5 absichtlich den Vorrang einräumen.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
UK RB/ Niederschrift	UK RB 70/2014	5

Zum weiteren Verständnis der Sitzungsvorlage erklärt **Herr Kolitz** (LB), dass hier für die in 2014 begonnenen bzw. noch zu beginnenden Maßnahmen die Restfinanzierung in 2015 dargestellt wird. In der Vorlage zu dieser Sitzung werde der Sachstand dargestellt, welche Projekte der Landesbetrieb beabsichtigt, in diesem Jahr umzusetzen.

Entgegen den hier genannten Aspekten teilt **Herr Beu** (DIE GRÜNEN) mit, dass seine Fraktion die hier geänderte Vorgehensweise bei den Umsetzungen der Baumaßnahmen nicht zustimmend zur Kenntnis nehme und auf die beschlossene PrioReihung bestehe.

Zu den Fragen und Ausführungen von **Herrn Metz** (DIE GRÜNEN) erklärt **Herr Felsenheim** (LB), für die Maßnahmen auf Prio 1 und 3 wurden Mittel in 2014 für Grunderwerbskosten bereitgestellt und auch verausgabt. Die Zuweisung für die Maßnahme auf Prio 5 über 100 T. € in 2014 beinhalte sowohl Grunderwerb als auch Baukosten, die VE über 700 T. € für 2015 sei für die Fertigstellung der Baumaßnahme vorgesehen. Würde diese Maßnahme nicht in 2014 mit den erforderlichen Verpflichtungen für 2015 begonnen werden können, hätte das möglicherweise zur Folge, dass aufgrund der GE (Grunderwerb) Probleme bei den Projekten auf Prio 1 und 3, in 2015 nicht alle für die Region zur Verfügung stehenden Mittel abfließen könnten.

Des Weiteren teilt er mit, dass in enger Zusammenarbeit mit der Kommune und der Bürgerinitiative die weitere Vorgehensweise für den RGW, L 352 Hennef/Heisterschoß-/Remschoß, regelmäßig und ausführlich kommuniziert würde. **Herr Möring** (CDU) schlägt vor, in Anbetracht der heutigen Diskussion und den vorgetragenen Diskrepanzen, sei es als zielführender anzusehen, wenn ein weiterer kommunikativer Weg zu diesem Gremium gebildet würde, um einen umfassenden und ausreichenden Informationsfluss für alle Beteiligten gewährleisten zu können. Zu den Anmerkungen von **Herrn Tüttenberg** (SPD) erklärt **Herr Felsenheim** (LB), bezüglich der in Rede stehenden Verfahren bedarf es den bekannten Vorbereitungsmodalitäten wie Planung, Ausschreibung und Vergabe, die einige Monate in Anspruch nehmen würden bis zum eigentlichen Baubeginn. Diese Vorbereitungsphase ist derzeit bei der Maßnahme L 293 Leverkusen, Yitzhak-Rabin Str., RGW, anhängig und es sei absehbar, mit dem Bau noch in diesem Jahr beginnen zu können. Theoretisch bestehe die Möglichkeit, dieses Verfahren jederzeit zu stoppen um mit anderen Projekten beginnen zu können. Jedoch werde bezweifelt, ob die Projekte mit den derzeit anhängigen Grunderwerbsproblemen, zeitnah umgesetzt werden könnten.

Herr Deppe (CDU) merkt an, der Regierungsbezirk Köln profitiere seit Jahren vom dem konstruktiven Miteinander in diesen Gremien und es wäre wünschenswert, die erlebte Flexibilität seitens des Landesbetriebs und den bisher dadurch erfolgreich umgesetzten Projekten weiterhin so beizubehalten. Die bisherige Vorgehensweise ist hier und heute eindeutig dargestellt worden. Es sei aber auch wichtig, dass die zugewiesenen Mittel in diesem Bereich haushaltskonform verausgabt würden, damit sie nicht zurück gemeldet werden müssen. Weiterhin werde vorgeschlagen, bis in diese Gremien hinein, für einen ausreichenden und zufriedenstellenden Informationsaustausch regelmäßig zu sorgen und damit weiterhin zielführend umzugehen.

Zu den Anregungen von **Herrn Tüttenberg** (SPD) bestätigt **Herr Felsenheim** (LB), man stehe in einem ständigen Dialog mit den Grundstückseigentümern und der Gemeinde und verschaffe sich somit sowohl planerisch als auch organisatorisch einen Überblick und die Option, die beschlossene PrioReihung entgegen den derzeitigen

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
UK RB/ Niederschrift	UK RB 70/2014	6

Prognosen chronologisch einzuhalten. Zu einer kurzfristigen und erneuten Überprüfung der Sachlage nach Ablauf einer vierwöchigen Frist sei der Landesbetrieb durchaus bereit.

Herr Omankowsky (CDU) erkundigt sich inhaltlich zum Modellprojekt „Bürgerradwege“. **Herr Kolitz** (LB) teilt mit, dass die Vertreter der Niederlassungen nähere Angaben zu den einzelnen Projekten machen könnten. Das Modellprojekt bestehe bereits seit einigen Jahren und werde aus den Mitteln für den Radwegebau an bestehenden Landesstraßen finanziert. Radwege, die den Landesstraßen zugeordnet und mit bürgerschaftlichem oder kommunalem Engagement sowie teilweise geringeren Ausbaustandards realisiert werden können, werden in ein gesondertes Finanzierungsprogramm aufgenommen und mit dem MBWSV abgestimmt.

Herr Felsenheim (LB) teilt mit, das Projekt Gummersbach, Radweg an der Vosselstraße, werde derzeit realisiert im Zuge der Kanalbaumaßnahme der Stadtwerke Gummersbach. Es erfolge die Verlegung des Kanals in den Gehweg mit einer Verbreiterung der Nutzfläche zu einem Rad-Gehweg. Des Weiteren baut die Stadt Leverkusen einen Radweg parallel zur L 219 über Grünflächen, die im Besitz der Stadt sind und der Grunderwerb somit entfällt. Damit werde eine Verbindung der Ortschaften Ropenstall und Neuboddenberg hergestellt.

Zur Nachfrage von **Herrn Waddey** (DIE GRÜNEN) erklärt **Herr Kolitz** (LB), dass die Radschnellwege ausschließlich in der Baulast der Kommunen und Kreise lägen. Radwege auf ehemaligen Bahntrassen, die an Strecken von Bundes- oder Landesstraßen liegen, befinden sich in der Zuständigkeit des Landesbetriebs.

Der Vorsitzende fasst im Ergebnis zusammen, dass man sich auf den Vorschlag von **Herrn Tüttenberg** (SPD) einvernehmlich geeinigt habe, den Landesbetrieb zu bitten, bis 30.Juni die Grunderwerbsprobleme des Projekts auf Prio 1 mit Nachdruck positiv zu lösen. Das Projekt könnte dann auf Prio 5 zur Ausschreibung gelangen.

Die Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Informationen des Landesbetriebes Straßenbau zur Kenntnis.

TOP 6: Sachstand zum Landesstraßenbauprogramm UA II i
Drucksache Nr.: UK RB 30/2014

Herr Felsenheim (LB) erläutert anhand der Sitzungsvorlage die Maßnahmen zum UA II i Programm.

Zur Nachfrage von **Herrn Tüttenberg** (LB) erklärt **Herr Bartelt** (LB) bezüglich der Maßnahme L 332, Neubau zw. Troisdorf/Eschmar und Troisdorf/Sieglar (A59) 1.BA, dass mit dem Bau der damit verbundenen zwei Brückenbauwerke in 2014 begonnen werden solle. Die Feldwegeverbindung für die Landwirte solle während der Bauphase beibehalten werden.

Die Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Information des Landesbetriebes Straßenbau zur Kenntnis.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
UK RB/ Niederschrift	UK RB 70/2014	7

TOP 7: Sachstandbericht zum Boxberg – Kreisel
Drucksache Nr.: UK RB 31/2014

Herr Felsenheim (LB) teilt mit, für die Maßnahme liege das Baurecht vor. Gemäß einer Vereinbarung mit der RSE GmbH wurde festgelegt, dass die Bauarbeiten an dem Kreuzungsbauwerk zunächst in den Wintermonaten durchgeführt werden sollten. Darüber hinaus hat sich jedoch herausgestellt, dass die Gleise erneuert werden müssen und der Landesbetrieb diese Arbeiten ausführen werde. Diese Arbeiten können dann unter Vollsperrung der Bahnstrecke durchgeführt werden, sodass man nicht mehr ausschließlich auf die Winterzeit angewiesen sei. Eine Umleitungsstrecke werde derzeit geplant. Die Rodungsarbeiten der Gehölze seien bereits in den Wintermonaten durchgeführt und im Mai die Bürgerschaft über den Bauablauf des Projekts informiert worden. Die Unterlagen für die Ausschreibung würden derzeit vorbereitet, die Veröffentlichung sei für Ende Juni vorgesehen. Aufgrund unvorhersehbarer Verzögerungen sei die Vergabe für September geplant, um dann mit dem Bau beginnen zu können. Der heute genannte Zeitplan stehe unter dem Vorbehalt, dass die Baukosten von 5 Mio. € eingehalten würden. Bei einer Überschreitung der Kosten müsste die Vergabegenehmigung beim Bund eingeholt werden und das Vorhaben als Einzelmaßnahme in den Straßenbauplan aufgenommen werden, was wiederum zu Verzögerungen führen würde. Es sei eine großräumige Umleitung für den Verkehr und eine Wegebrücke für die Fußgänger vorgesehen. Die Bauzeit werde mit etwa 2,5 Jahren angesetzt.

Die Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den mündlichen Bericht des Landesbetriebes Straßenbau zur Kenntnis.

TOP 8: Zustand der Brückenbauwerke an Landesstraßen
Drucksache Nr.: UK RB 32/2014

Herr Bartelt (LB) führt aus, die Brückenbauwerke an Landesstraßen werden in festgelegten regelmäßigen Zeitabständen geprüft. Bei festgestellten Schäden würden Sofortmaßnahmen ergriffen. Routinemäßig würden Erhaltungsmaßnahmen an allen Brücken kontinuierlich durchgeführt.

Des Weiteren erläutert **Herr Kolitz** (LB), dass ein landesweites Nachrechnungsprogramm derzeit noch nicht aufgelegt sei. Allerdings bestehe aufgrund der Erfahrungswerte der bisher untersuchten Brücken an Bundesfernstraßen langfristig ein erheblicher Investitionsbedarf von über 600 Mio. € in den nächsten 20 bis 30 Jahren. Jährlich werde somit ein Betrag von ca. 25 Mio. € benötigt für die Sanierung bzw. Erneuerung, die aus den Erhaltungsmitteln für Landesstraßen zu finanzieren wären.

Herr Waddey (DIE GRÜNEN) möchte wissen, weshalb die Brücke an der L 300, die über die L 150 zwischen Rodenkirchen und Sürth führe, mit 30t ausgewiesen sei und wie welche Vorgehensweise in diesem Fall vorgesehen sei.

Der Landesbetrieb kann derzeit keine Angaben dazu machen, die Antwort werde dem Protokoll nachgereicht.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
UK RB/ Niederschrift	UK RB 70/2014	8

*Die Stadt Köln teilt am 04.07.2014 im Nachgang folgendes mit;
„Die Tonnagebeschränkung auf 30t im Bereich Industriestraße/Wattignystraße bestand schon immer. Da jedoch leider die entsprechende Beschilderung nicht vor Ort angebracht war, wurde diese 2013 auf Hinweis von Amt 69 wieder ergänzt.“*

Zur Nachfrage von **Herrn Deppe** (CDU) teilt **Herr Kolitz** (LB) mit, dass der anvisierte Investitionsbedarf von ca. 600 Mio. € derzeit nicht belegt werden kann. Diese Summe basiert auf Nachrechnungen und Erfahrungswerten im Hinblick auf die vorhandenen Bauwerke. Des Weiteren erkundigt sich **Herr Deppe** (CDU) zur Anfrage TOP 6b aus der letzten Sitzung der Verkehrskommission. Hier wurde der mangelnde Mittelabfluss der Entflechtungsmittel beim kommunalen Straßenbau kommuniziert. Die verbliebenen Restmittel, die nicht verausgabt werden können, sollen darüber hinaus für kommunale Großbrücken verwendet werden. Hierzu werde um Stellungnahme gebeten.

Herr Elsiepen (Dez. 25) teilt mit, aufgrund dieser Anfrage in der letzten Verkehrskommission habe die Stadt Köln einen Anmeldeantrag für die Sanierung der Mülheimer Brücke eingereicht. Die Baukosten werden mit ca. 70 Mio. € beziffert. Gemäß einer Wertung des Projekts basierend auf den Richtlinien wurde eine grundsätzliche Förderfähigkeit festgestellt. Derzeit liege der Vorgang beim Ministerium und es werde in Aussicht gestellt, das Projekt zu fördern.

Der Vorsitzende regt an, sobald in absehbarer Zeit neue Erkenntnisse vorliegen würden, diese dem Protokoll dann beizufügen.

*Im Nachgang teilt die Bezirksregierung folgendes mit;
„Zwischenzeitlich hat das MBWSV die grundsätzliche Förderfähigkeit des Vorhabens bestätigt.“*

Die Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den mündlichen Bericht des Landesbetriebes Straßenbau zur Kenntnis.

TOP 9: Sachstandsbericht zur Auswertung der Hot-Spots zum Lärmschutz an der A 4
Drucksache Nr.: UK RB 27/2014

Herr Felsenheim (LB) teilt ergänzend zur Sitzungsvorlage mit, dass die in Rede stehende Maßnahme in der Zuständigkeit der Autobahnniederlassung Krefeld liege.

Der Vorsitzende bittet den Landesbetrieb, dem Protokoll konkretere Angaben hinsichtlich einer endgültigen Fertigstellung des Maßnahmenkonzepts nachzureichen.

*Im Nachgang teilt der Landesbetrieb am 07.07.2014 folgendes mit;
„Die Arbeiten am Maßnahmenkonzept für die Ortslage „Engelskirchen-Miebach“ an der A4 haben sich aufgrund der vorrangigen Bearbeitung prioritärer Projekte verschoben, werden aber bis Mitte August diesen Jahres abgeschlossen sein. Für die Ortslage „Wiehl-Hückhausen“ sind die Ergebnisse gegen Ende diesen Jahres zu erwarten.“*

Die Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den Bericht des Landesbetriebes Straßenbau zur Kenntnis.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
UK RB/ Niederschrift	UK RB 70/2014	9

**TOP 10: „Verpflichtende Radwegenutzung und Straßenbau unter Vollsper-
rung“, rechtliche Komponente**
Drucksache Nr.: UK RB 33/2014

Herr Felsenheim (LB) nimmt Bezug auf die vorliegende Beantwortung durch die Bezirksregierung und gibt zu Bedenken, ob der Bau von Radwegen und deren Sinnhaftigkeit in Frage gestellt werden sollte, weil zukünftig diese keine Beschilderungen mehr zur verpflichtenden Nutzung erhalten sollen.

Derzeit würde diese Thematik auch auf Bund-Länderebene in Fachausschüssen beraten, das Ergebnis bleibe abzuwarten. In Anbetracht der derzeitigen Rechtslage würden in der Praxis immer wieder Diskussionen geführt mit der Polizei und den kommunalen Ordnungsbehörden. Es stelle sich dabei wiederholt die Frage, ob eine Beschilderung gem. § 45 StVO zur Radwegenutzung eingerichtet werden sollte.

Herr Waddey (DIE GRÜNEN) äußert seine Bedenken hinsichtlich eines Kapazitätsproblems des steigenden Radverkehrs in Stadtgebieten und merkt an, Lösungen dazu im kommunalen Straßenbau zu suchen.

Des Weiteren führt **Herr Bartelt** (LB) zur Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen aus; bei der Bauausführung und einer einhergehenden Baubeschleunigung reiche der zur Verfügung stehende Verkehrsraum nicht mehr aus, um die Arbeiten sicher ausführen zu können, daher kommt es vermehrt zu Vollsperrungen. Dazu sind aufgrund der neuen Bestimmungen der aktualisierten ASR aufwändige Abstimmungsgespräche und Öffentlichkeitsarbeit mit allen Beteiligten erforderlich.

Die Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Information der Bezirksregierung Köln zur Kenntnis.

TOP 11: Anträge

liegen nicht vor.

TOP 12: Anfragen

Zur Anfrage von **Herrn Wilming** (FDP) erklärt **Herr Bartelt** (LB), aufgrund der geringen Mittelbereitstellung werden basierend auf den Straßenzustandsdaten Reparaturen als Sofortmaßnahme nur dann durchgeführt, wenn sie verkehrlich zwingend notwendig seien.

TOP 13: Mitteilungen

a) der Bezirksregierung

liegen nicht vor.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
UK RB/ Niederschrift	UK RB 70/2014	10

b) des Vorsitzenden

liegen nicht vor.

c) der Niederlassungen

Laufende und geplante Baumaßnahmen des Landesbetriebes Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg

Drucksache Nr.: UK RB 37/2014 (TV)

Zur Nachfrage von **Herrn Metz** (DIE GRÜNEN) erklärt **Herr Bartelt** (LB), dass im Rahmen einer koordinierten Baubetriebsplanung sämtliche Projekte abgestimmt würden. Es werde versucht in den Sommerferien die größeren Sperrungen zu minimieren. Primär werde versucht, unter Verringerung der Fahrbahnbreite, die Anzahl der Fahrstreifen beizubehalten. Dazu würden überregionale Arbeitskreise im Köln Bonner Raum stattfinden. **Herr Metz** (DIE GRÜNEN) bittet den Landesbetrieb gesondert in Kürze um Auskunft über die Projekte in seinem Bereich, er werde eine Auflistung darüber an den Landesbetrieb senden.

Der Vorsitzende erkundigt sich zu den verkehrlichen Planungen für Motorradfahrer auf der B 256 Waldbröl/Fahrbahnerneuerung „Schladernring“.

Herr Felsenheim (LB) teilt mit, dass Verbesserungen der Kurvenlagen geplant seien, sowie die Installation von passiven Schutzeinrichtungen. Bezüglich der Nutzung dieser Strecken durch Motorräder liege die Entscheidung in der Zuständigkeit der Straßenverkehrsämter.

Zur Nachfrage von **Herrn Waddey** (DIE GRÜNEN) bezüglich der Maßnahme L 293, Leverkusen, RGW Yitzhak-Rabin-Str., erklärt **Herr Felsenheim** (LB) dass der ausgewiesene Betrag der Gesamtkosten in der Sitzungsvorlage nicht mehr aktuell sei, da die Grunderwerbskosten um ca. 400 T. € geringer ausgefallen seien. Die tatsächlichen Baukosten lägen derzeit somit bei 850 T. Euro.

Die Unterkommission Rhein-Berg der Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Mitteilung des Landesbetriebes Straßenbau zur Kenntnis.

Unterkommission der Verkehrskommission
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Müller
(Vorsitzender)

Unterkommission der Verkehrskommission
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Omankowsky
(CDU-Fraktion)

Aufgestellt:
Bezirksregierung Köln
gez. Harms
(Dezernat 25)

**Unterkommission Rhein-Berg
- Anwesenheitsliste -**

UK Rhein-Berg Sitzung am 2. Juni 2014

1. Stimmberechtigte Mitglieder

CDU - Fraktion

Name	anwesend
Deppe, Rainer	X
Möring, Karsten	X
Omakowsky, Albrecht	X
Rackwitz-Zimmermann, Heidi	
Stefer, Michael	X
Stricker, Günter	
Möller, Lars	

Stellvertreter/in	
Borning, Ronald	
Dohmen, Hans-Willi	
Donie, Brigitte	
Fabian, Gerd	
Finkeldei, Norbert	
Götz, Stefan	
Hauser, Benedikt	
Jansen, Franz-Michael	
Jüngling, Liane	
Kleine, Jürgen	
Schmitz, Hans-Theo	
Weber, Günter	

FDP - Fraktion

Name	anwesend
Müller, Reinhold	X
Wilming, Stefan	X
Stellvertreter/in	
Finke, Rudolf	
Göbbels, Ulrich	
Kirchmeyer, Christtraut	
Wolf, Alfred	

SPD - Fraktion

Name	anwesend
Konzelmann, Thorsten	X
Pockrand, Wolfgang	X
ten Haaf, Ralf	X
Waschek, Johannes	X
Tüttenberg, Achim MdL	X

Stellvertreter/in	
Mahler, Ursula	
Bubacz, Hans-Joachim	
Buhse, Bodo	
Höfken, Heiner	
Koschorreck, Peter	
Krekels, Gerhard	
Neitzke, Gerhard	
Noack, Horst	
Wagner, Anton Richard	

DIE GRÜNEN

Name	anwesend
Metz, Martin	X
Beu, Rolf	X
Waddey	X
Stellvertreter/in	
Herlitzius, Bettina	
Lambertz, Horst	
Zentis, Gudrun	

2. Beratende Mitglieder

Name	anwesend
gem. § 21 Abs. 3 GO	
Singer, Peter (Die Linke)	
Bornhord, Rüdiger (Freie Wähler)	
Bosbach, Martin (CDU)	
Kitz, Marcus (CDU)	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Köln

Herr Veit Dez. 25
Frau Harms, Dez. 25
Herr Plasczyk, Dez. 32
Herr Schneemann, Dez. 32
Frau Reiß Dez. 32
Herr Elsiepen Dez. 25

Fraktionsgeschäftsführungen

Herr Knauff, Fraktionsgeschf. CDU
Herr Hoffmann, Fraktionsgeschf. SPD

Gäste

Herr Felsenheim LB Strassen
Herr Kolitz "
Herr Bartelt "